

## **Tibetische Dorfbewohner im Bezirk Sog wegen der Bildung einer „kriminellen Bande“ inhaftiert**

Ein Gericht in der Autonomen Region Tibet hat zwölf tibetische Dorfbewohner zu Gefängnisstrafen von ein bis fast zwei Jahren verurteilt, weil sie „eine kriminelle Bande“ gebildet hätten, teilten die staatlichen Medien am Dienstag mit.

Diese zwölf Tibeter, allesamt Bewohner des tibetischen Bezirks Sog (chin. Suo) der Präfektur Nagchu, sind laut einem Bericht von *Tibet Daily* am 14. Januar dieses Jahres des Betrugs und der „Ausnutzung religiöser Einflüsse zur Einmischung in die Angelegenheiten der lokalen Regierung“ beschuldigt worden.

Außerdem hätten sie die örtliche Bevölkerung „ausgebeutet und schikaniert“ und „abergläubische Lehren gepredigt und damit versucht, den üblen Einfluß der Religion in den Dörfern zu vergrößern“, heißt es in dem Bericht.



Alle zwölf, einschließlich eines Mannes, der nur durch den Namen Druk identifiziert wurde, hätten „ihre Verbrechen gestanden“ und würden nun ihre Haftstrafe verbüßen, ohne vor einem höheren Gericht in Berufung zu gehen, so berichtet die Zeitung.

Ngawang Tharpa, Mitglied des tibetischen Exilparlaments in Indien, bezeichnete dem Tibetischen Dienst der RFA gegenüber die Inhaftierung der zwölf Dorfbewohner von Sog als „eine eklatante Verletzung der Religionsfreiheit des tibetischen Volkes“.

„Im Namen der Bekämpfung des organisierten Verbrechens verfolgen die chinesischen Behörden jetzt offen Verfechter der tibetischen Kultur und Religion aufgrund erfundener Anklagepunkte“, sagte Ngawang Tharpa und fügte hinzu: „Kultur und Religion sind das Herz und die Seele der tibetischen Zivilisation“.

Während in den tibetischen Regionen Chinas Kampagnen gegen Bandenbildung durchgeführt werden, werden diese oft als Vorwand benutzt, um die Aktivitäten von Umweltaktivisten oder gewöhnlichen Tibetern zu unterbinden, die den Gebrauch der tibetischen Sprache fördern oder die Korruption in der lokalen Regierung anprangern, teilten Quellen RFA mit, wie bereits in früheren Berichten erwähnt wurde.

Entwicklungsprojekte in tibetischen Gebieten haben zu häufigen Konfrontationen mit Tibetern geführt, die chinesische Firmen und örtliche Beamte beschuldigen, Geld gestohlen, unrechtmäßig Land beschlagnahmt und das Leben der lokalen Bevölkerung zerrüttet zu haben.

Viele dieser Auseinandersetzungen enden in gewaltsamer Unterdrückung, der Inhaftierung von Protestveranstaltern und intensivem Druck auf die lokale Bevölkerung, den Wünschen der Regierung nachzukommen.